

Kongresse und Konferenzen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **3 (1911)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Transportarbeiterstreik in Aarau.

Die Fuhrleute und Speditionsarbeiter der beiden Speditionsfirmen Caspar Hangartner und Lagerhäuser der Zentralschweiz Fil. Aarau, beide in Aarau, sind am 8. Mai früh in den Ausstand getreten. Grund der Arbeitsniederlegung ist die Nichtanerkennung des Tarifvertrages und brüske Ablehnung der Unterhandlungen. Die in Frage kommenden Arbeiter hatten in letzter Zeit Forderungen eingereicht, in welchen die zwölfstündige Arbeitszeit und ein Minlmallohn von 33 Fr. pro Woche verlangt wurde. Trotz dieser sehr bescheidenen Forderungen lehnten die Unternehmer jede Unterhandlung kurzweg ab, mit der Begründung, ihre „Knechte“ hätten wohl das Recht, um etwas zu bitten, nicht aber zu verlangen. Die Unternehmer sind im Schweiz. Fuhrhalter- und Pferdebesitzerverband organisiert, wollen aber selber die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen. Nachdem von seiten der Arbeiter bzw. der Verbandsleitung alles versucht wurde, um eine friedliche Verständigung herbeizuführen, die Unternehmer aber jede Unterhandlung ablehnten, beschlossen die Arbeiter, in den Ausstand zu treten. Zu erwähnen ist schliesslich noch, dass die bisherigen Zustände noch tieftaurige waren. Bei einer durchschnittlichen 13–15 stündigen Arbeitszeit wurden die Lohnsklaven noch mit Fr. 3.80 bis Fr. 5 pro Tag abgespeist. Es wird sich nun zeigen, ob diese Herren mit ihrem Protzenstandpunkt weiterkommen, als wenn dieselben mit dem geringsten Entgegenkommen ein friedliches Abkommen getroffen hätten. Zuzug von Fuhrleuten und weiteren Transportarbeitern für Aarau ist aufs strengste fernzuhalten. Hoch die Solidarität.

Die Lohnbewegung der Damenschneider in Zürich

ist durch Abschluss eines zweijährigen Vertrages beendet. Der bisherige Taglohn von Fr. 7.50 im ersten und 7 Fr. im zweiten Tarif wurde durch Wochenlohn von 51 Fr. im ersten und 46.50 im zweiten Tarif ersetzt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, an Samstagen und Vorabenden von gesetzlichen Feiertagen 7 Stunden ohne Lohnabzug. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt demnach 2 Stunden pro Woche. Der erste Tarif ist von 12 und der zweite Tarif von 15 Firmen anerkannt. Gegenüber dem alten Vertrag tritt eine Vermehrung von 13 vertragsschliessenden Firmen ein. In der Konfektionsbranche kam mit dem Verbandschweizerischer Herren- und Konfektionsindustrieller Zürich ebenfalls ein Vertrag zustande. Die Unterhandlungen beanspruchten 12 halbtägige Sitzungen.

Ferner wurde zum erstenmal mit der Firma Burger-Kehl & Co., Lavaterstrasse, ein zweijähriger Werkstatt-Tarif abgeschlossen, welcher eine 4–6-prozentige Lohnsteigerung brachte.



Kongresse und Konferenzen.

Schweizerischer Arbeitertag.

Wir haben in der letzten Nummer einen kurzen Bericht über den Arbeitertag vom 16. und 17. April gebracht, konnten aber wegen Platzmangel die vom Arbeitertag beschlossenen Resolutionen nicht im Wortlaut publizieren. Wir holen das heute nach.

Thesen betreffend die Kranken- und Unfallversicherung.

Von Nationalrat Hch. Scherrer.

1. Durch die nunmehr abgeschlossenen Beratungen über das Bundesgesetz betreffend die Kranken- und Unfall-

versicherung ist eine wesentliche Aenderung desselben nicht eingetreten.

2. Auf der einen Seite sind zwar Arbeitgeberverträge an öffentliche und obligatorische Krankenkassen, solange die Krankenversicherung im allgemeinen auf dem Boden der Freiwilligkeit bleibt, ausgeschlossen, aber neben den ordentlichen auch die ausserordentlichen Bundesbeiträge beibehalten und ist das formulierte System der Freizügigkeit des Nationalrates und die bedingt freie Aertzewahl angenommen worden.

Das Beitragswesen des Bundes an die Unfallversicherung ist teilweise anders geordnet, und zur Korrektur von Unfallrenten sind zwei weitere dreijährige Termine eingeschaltet worden.

3. Auf der andern Seite ist die Stellung der Krankenkassen gegenüber den Betriebskrankenkassen und gegenüber der Unfallversicherung verbessert. Die Wöchnerinnen haben erhöhtes Entgegenkommen gefunden.

Das Unfallmelde- und Untersuchungswesen ist eingehender im Interesse der Verletzten geordnet. Die Invalidenrenten können beim Bedürfnis besonderer Wartung und Pflege bis auf 100 Prozent des Lohnes erhöht werden.

4. Im allgemeinen ist den bestehenden Verhältnissen des Krankenversicherungswesens erhöhte Rücksicht getragen und die Versicherung des weiblichen Geschlechts und der Jugend erleichtert worden.

In der Unfallversicherung ist an der öffentlichen Versicherungsanstalt und an der Versicherung der Nichtbetriebsunfälle mit Bundesbeitrag festgehalten, der Grundsatz der Selbstverwaltung strenger durchgeführt worden. Die Rechtspflege ist mehr gesichert; die Renten sind gegen Angriffe Dritter besser geschützt worden.

5. Das Gesetz wird der schweizerischen Arbeiterschaft zum Segen gereichen und ist ihr zu möglichst geschlossener Annahme zu empfehlen.

Thesen betreffend Revision des schweiz. Fabrikgesetzes.

Von Nationalrat Dr. Studer.

Die schweizerische Arbeiterschaft erwartet von der Revision des Fabrikgesetzes namentlich einen bessern Schutz des Arbeiters gegen Ueberanstrengung, gegen Ausbeutung und Verletzung seiner Rechte, die er als Mensch, Bürger und mit dem Unternehmer gleichberechtigter Vertragskontrahent besitzt.

Der vom schweiz. Arbeiterbund ausgearbeitete Gesetzentwurf enthält die Forderungen, welche die Arbeiterschaft an die Revision stellt.

Diese Forderungen halten sich durchaus im Bereiche dessen, was nach dem gegenwärtigen Stande der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung möglich und erfüllbar ist. Wie das Fabrikgesetz von 1877 keine einzige der von seiten der Unternehmer prophezeiten ruinösen Folgen für die schweizerische Industrie gezeitigt, sondern eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges eingeleitet hat, so würde auch ein Fabrikgesetz nach den Vorschlägen des Arbeiterbundes durch die dadurch erzielte physische und geistige Hebung der Arbeiterschaft unsere Industrie leistungs- und konkurrenzfähig erhalten und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse heben.

Diesen für unser Land segensreichen Bestrebungen setzen die Unternehmer und ihre Verbände einen heftigen Widerstand entgegen. Ihre zahlreichen an die Bundesbehörden gerichteten Eingaben enthalten Begehren, die nicht nur jeglichen Fortschritt in unserer Fabrikgesetzgebung verunmöglichen, sondern zum Teil eine Verschlechterung des bestehenden Gesetzes bedeuten würden.

Diese Gegensätze müssen auf dem Wege der Verständigung überwunden werden.

Die grosse Expertenkommission hat die wesentlichen Forderungen der Arbeiterschaft als begründet anerkannt. Der Entwurf des Bundesrates geht leider in wichtigen

Punkten hinter die Vorschläge der Expertenkommission zurück.

Um den Erfolg der Revisionsarbeit nicht in Frage zu stellen, wird die Arbeiterschaft nicht auf ihrem ersten Entwurf beharren, sondern sich zu Konzessionen bereit erklären. Um so entschiedener muss sie aber an folgenden Forderungen festhalten:

1. Verbot der Verhängung von Bussen ohne Ausnahmen.
2. Schutz des Arbeiters vor Massregelungen (durch Kündigung usw.) wegen Ausübung verfassungsmässiger Rechte, wegen Militärdienstes, wegen Krankheit oder wegen Unfalls.
3. Abschaffung des Decompte, insofern er zur Sicherung für allfälligen Schaden dient.
4. Maximaldauer der täglichen Arbeitszeit von 10 Stunden; Ablehnung der Maximalarbeitswoche.
5. Festlegung der Sonntagsarbeit und Sonntagsruhe auf die Zeit von Samstagabend 8 Uhr bis Montagmorgen 6 Uhr, beziehungsweise 5 Uhr.
6. Begrenzung der Bewilligung für Nacht- und Sonntagsarbeit auf eine bestimmte Zahl Tage pro Jahr, ähnlich wie für die Ueberzeitarbeit.
7. Verbot der Ueberzeitarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren ohne Ausnahmen.
8. Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien.
9. Acht Wochen Ruhezeit für die Wöchnerinnen.
10. Anwendung der Bestimmungen über die Errichtung von Einigungsstellen auch für die Fabriken des Bundes.

Der Arbeiterbund erwartet, dass auf dem Boden des bundesrätlichen Entwurfs und obiger Zusatzforderungen eine Verständigung ermöglicht wird.

Thesen betreffend die schweiz. Ausländerfrage.

Von Dr. Fr. Buomberger.

Der Arbeitertag, in Erwägung folgender Tatsachen:

1. Die Schweiz besitzt schon seit Jahrzehnten im Verhältnis zur Bevölkerung die grösste Zahl von Ausländern unter allen Staaten Europas.
2. Die Zahl der Ausländer ist von Jahrzehnt zu Jahrzehnt fortwährend gestiegen, und zwar in bedeutend stärkerer Masse als jene der einheimischen Bevölkerung.
3. Mehr als ein Drittel der Ausländer ist in der Schweiz geboren, hat unsere Schulen besucht und kennt unsere politischen Verhältnisse.
4. Unser bisheriges System der Einbürgerung vermag nicht einmal den Zuwachs infolge Geburtenüberschuss der Ausländer aufzuheben, geschweige die in gewaltigem Masse stattfindende Einwanderung,

unterstützt alle Bestrebungen zur Beseitigung dieser politisch und wirtschaftlich unhaltbaren Zustände, sei es im Sinne der Erleichterung, sei es durch Einführung des Grundsatzes der Zwangseinbürgerung.

Lithographenbund.

Die 22. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Lithographenbundes fand am 15. und 16. April in Winterthur statt. Anwesend waren 28 Delegierte die 763 Stimmen vertraten. Im weiteren hatten sich vertreten lassen der Deutsche Lithographenbund durch dessen Sekretär Sillier, der Schweizerische Typographenbund, der Buchbinderverband und der Hilfsarbeiterverband. Die Verhandlungen leitete Verbandspräsident Genosse Löbel. Abnahme des Jahresberichtes: Dem Zentralvorstand wurde die flotte Berichterstattung bestens verdankt und hierauf einstimmig gutgeheissen. — Beim folgenden Traktandum beantragte die Rechnungsprüfungskommission, es sei die Jahresrechnung zu genehmigen und dem Verbandssekretär Greutert für seine grosse und anerkannte

gute Arbeit das Gehalt monatlich um 20 Fr. zu erhöhen. In diesem Sinne wurde denn auch mit grosser Mehrheit beschlossen; gewiss die beste Aufmunterung für den Verbandssekretär, auch in Zukunft seine ganze Arbeitskraft zum Wohle des Schweiz. Lithographenbundes einzusetzen. — Ein Antrag der Sektion Bern, es seien die Unterstützungen aus der Arbeitslosen-, Reise- und Umzugskostenkasse zu reduzieren oder der Beitrag in dieselbe zu erhöhen, wurde wieder zurückgezogen, nachdem verschiedene Redner darauf hingewiesen hatten, dass die betreffenden Kassaverhältnisse nicht so schlimme seien. — Da die Verwaltungsgeschäfte namentlich in den grösseren Sektionen immer mehr zunehmen, gelangte die Sektion Zürich mit einem Subventionsgesuch von 500, eventuell 800 Fr. zur Anstellung eines Sekretärs auf dem Platze Zürich an die Delegiertenversammlung. Der Rest des Gehaltes würde von der Sektion übernommen. Da man sich der Wichtigkeit des Platzes Zürich für den Schweiz. Lithographenbund bewusst ist, und das Gesuch auch vom Zentralvorstand empfohlen war, entsprach die Delegiertenversammlung beinahe einstimmig.

Dem Gesuche des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ um ein Anleihen von 5000—6000 Fr. zum Bau einer Ferienhütte im Berner Oberlande konnte die Versammlung noch nicht entsprechen. Als Gegenleistung würden die Mitglieder des Lithographenbundes die gleichen Rechte geniessen wie diejenigen des Touristenvereins, so dass sie ihre Ferien oder Erholungskuren in staubfreier und frischer Luft und in nächster Nähe der Gletscher zubringen könnten und dazu — was nicht zu unterschätzen ist — gegen geringe Auslagen, vielleicht 60 Cts. pro Tag. Allein man fand doch, der Zentralvorstand möchte den Sektionen vor der definitiven Abstimmung noch einen genauen Kostenvoranschlag Pläne und Vertragsentwurf unterbreiten. In diesem Sinne wurde denn auch entschieden.

Ein weiteres Gesuch lag vor vom Verbands der Hilfsarbeiter um Gewährung einer Subvention zur Anstellung eines ständigen Sekretärs, begründet durch die missliche Lage, in welcher sich der Hilfsarbeiterverband schon seit längerer Zeit befindet. Allgemein ist man überzeugt, dass den Hilfsarbeitern geholfen werden sollte, da jedoch der Lithographenbund gegenwärtig selbst genug Werg an der Kunkel hat, wurde die Sache an den Zentralvorstand zurückgewiesen, um vorerst mit den andern Verbänden im graphischen Gewerbe Rücksprache zu nehmen und womöglich gemeinsam in dieser Angelegenheit zu handeln.

Abends 7 Uhr wurden die Verhandlungen unterbrochen und um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr begann dann die Jubiläumsfeier der Sektion Winterthur, zu welcher sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden hatten.

Montag morgen 8 $\frac{1}{4}$ Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen mit dem wichtigsten Traktandum der Tagung: Tarif-Vertrags-Entwurf. Im einzelnen auf denselben einzugehen, würde hier wohl zu weit führen, wünschen möchte ich wohl, dass es dem Zentralvorstand gelingen möge, sämtliche Forderungen bei den Prinzipalen durchzubringen.

Die Beiträge wurden festgesetzt wie bisher. Vorort bleibt wiederum Bern; Rechnungsprüfungssektion Chaux-de-Fonds und Ort der nächsten Delegiertenversammlung wird Herisau.

Am nun folgenden Mittagessen verdankte Präsident Löbel die Ausdauer der Delegierten und schloss die 22. Delegiertenversammlung des Schweiz. Lithographenbundes. Möge derselbe auch in Zukunft an seinem inneren Ausbau arbeiten zu seinem eigenen, wie auch zum Wohle der übrigen Arbeiterorganisationen. M.

Arbeiterunion Schweiz. Transportanstalten.

In Goldau versammelten sich am Samstag und Sonntag 23. und 24. April die Delegierten der A. U. S. T. Für die innere Entwicklung des grossen Eisenbahnerverbandes, dem auch der Schweiz. Strassenbahner-, sowie der Telephonarbeiter-Verband angeschlossen sind, wurden wichtige Beschlüsse gefasst. So wurde eine Kommission bestellt, mit dem Auftrage, auf 1. Januar 1912 die Herausgabe eines französischen und italienischen Organs der A. U. S. T. vorzubereiten. Ein weiterer Beschluss führt den obligatorischen Rechtsschutz für die Mitglieder der A. U. S. T. herbei.

Das wichtigste Traktandum bildete ein Antrag des Eisenbahnarbeitersvereins Zürich, dahin gehend, es sei aus dem mit dem V. P. S. T. und dem S. Z. P. V. 1908, anlässlich der Besoldungskampagne geschlossenen Kartell auszutreten. Nach langer, sachlicher Diskussion wurde der Antrag zurückgezogen.

Dem Vorstand wurde die Frage des Austrittes aus dem Förderativverband des eidgen. Personals und den Beitritt zum Internationalen Transportarbeiterverband zur Prüfung überbunden.

Ueber die Gehaltsordnung referierte Generalsekretär Weber (St. Gallen) und über die technische Frage einer Zuschusskasse zur Invalidenversicherung Böhner (Bern). Beschlüsse wurden über diese beiden Punkte nicht gefasst. Eine Reihe von Anträgen aus den Sektionen werden mit dem Inkrafttreten der Reglemente 25 und 25a (Werkstattarbeiter) ihre Erledigung finden.

Die Versammlung war besucht von 209 Delegierten, die 81 Sektionen vertraten.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Betriebsarbeiter

wurde Samstag in Anwesenheit von 78 Abgeordneten aus 24 Sektionen durch den Verbandspräsidenten Redakteur Weber eröffnet. Ueber die Besoldungsreform bei den Bundesbahnen fand eine lebhafte Debatte statt. Beschlossen wurde, beim Verwaltungsrat dahin zu wirken, dass den untersten Stufen das Maximum noch um Fr. 100 erhöht werde. Ein Beschluss wurde ferner in bezug auf den baldigen Erlass eines neuen Bekleidungsreglementes und betreffend Reduktion der Arbeitszeit für die Linienarbeiter gefasst.

Verein schweiz. Lokomotivheizer.

Am Samstag den 6. Mai fand in Biel die 17. Delegiertenversammlung des Vereins schweiz. Lokomotivheizer statt. Als Tagespräsident funktionierte Gen. E. Furrer, Lokomotivführer, Zürich. Der Verein zählte am 1. Januar 1911 insgesamt 2110 Mitglieder, d. h. zirka 99 Prozent aller Lokomotivheizer. Die Einnahmen des Vereins betrugen im Jahre 1910 48,848 Fr.; die Ausgaben 42,483 Fr.; das reine Vereinsvermögen beläuft sich auf 133,887 Fr.

Das Haupttraktandum bildete die Revision der Zentralstatuten, durch welche die Gründung eines schweiz. Lokomotivpersonalverbandes (S. L. P. V.) durchgeführt werden soll. Die Lokomotivführer haben bekanntlich die Verschmelzung ihres Verbandes mit demjenigen der Heizer abgelehnt und nach den letzten Vorgängen im Führerverein wären auch die Heizer nicht mehr zu der ursprünglich geplanten Vereinigung zu haben. Aus diesen Gründen beantragten das Zentralkomitee und der Bildungsausschuss die Gründung eines neuen Verbandes mit dem Heizerverein als Basis.

Die Einladung des Zentralvorstandes der Lokomotivführer, es möge der Heizerverein Hand zur Verschmelzung bieten, wurde ohne Diskussion mit Einstimmigkeit abgelehnt und dafür folgender Antrag zur Diskussion gestellt:

«Die vom Verein schweizerischer Lokomotivführer angebotene Fusion sowie jede weitere Vereinbarung, die nicht den Prinzipien des Heizervereins entspricht, ist abzulehnen, und es verlangt die Delegiertenversammlung, es sei mit allen Kräften dahin zu wirken, dass der schweizerische Lokomotivpersonalverband auf 1. Oktober 1911 in Funktion tritt.» In der Diskussion, die sich über diese Prinzipienklärung entspann, wurde mit besonderer Schärfe gegen die Oltener Richtung im Führerverein der Vorwurf erhoben, dass sie ein Doppelspiel mit den Heizern treibe, und dass die letzteren nur gut genug wären, den Führern die Mittel zu liefern, um die stark gefährdete Unterstützungskasse wieder zu konsolidieren.

Mit grossem Beifall nahm die Versammlung die Mitteilung des Generalsekretärs Rimathé entgegen, dass er, wenn er weiterhin zu amten habe, sich unter keinen Umständen dazu hergeben werde, und für das Personal mit solchen Mitteln Vorteile zu erreichen trachten werde, wie sie von den Oltener Führern und ihren Anhängern zur Anwendung empfohlen werden. Unter keinen Umständen werde er sich herbeilassen, durch Verrat der Interessen der übrigen Eisenbahner für das Maschinenpersonal Vorteile zu erzielen, wie dies im Jahre 1905 durch den damaligen Zentralpräsidenten Müller der Fall gewesen sei. Der Vertreter der Sektion Freiburg erklärte, dass dieser Verein bis jetzt einen ablehnenden Standpunkt in der Frage des zu gründenden Verbandes eingenommen habe, dass sich die Mitglieder nun aber für die Aenderung entschieden hätten. Die Sektionen Basel und Lausanne, an welchen Orten die Lokomotivführer scharfe Gegner der Verschmelzung sind, hatten ebenfalls Anträge gestellt, die sich mit der angenommenen Prinzipienklärung des Zentralvorstandes deckten. Unter Namensaufruf wurde hierauf die Erklärung einstimmig angenommen, womit also grundsätzlich die Schaffung des neuen Verbandes beschlossen ist.

Im Anschluss an diese Abstimmung gelangte folgende Resolution zur Annahme: «Die heutige Delegiertenversammlung des Vereins schweizerischer Lokomotivheizer protestiert energisch gegen die von der sogenannten Oltener Vertrauensmänner-Versammlung von Lokomotivführern einer Anzahl Sektionen am 30. April gefasste Resolution, soweit durch deren Inhalt auch die Interessen des Heizervereins berührt werden. Sie spricht der ausschliesslich aus Gegnern des Sekretärs und des Zentralvorstandes des V. S. L. F. zusammengesetzten und schon bei der Einladung sorgfältig ausgelesenen Versammlung das Recht ab, sich in dieser anmassenden und willkürlichen Weise über die Position des zu gleichen Teilen auch vom Heizerverein angestellten und besoldeten Sekretärs auszusprechen. Die Delegierten des V. S. L. H. erklären im Auftrage ihrer Sektionen und zuhauenden der Behörden, dass Sekretär Rimathé nach wie vor der Vertrauensmann des im V. S. L. H. organisierten Personals ist, welcher letzterem Verein, dem künftigen Maschinenpersonalverband, schon jetzt über zwei Drittel sämtlicher Lokomotivführer und Lokomotivheizer angehören. Diese Mehrzahl der Angehörigen des neuen Verbandes protestiert infolgedessen gegen die Bekanntmachung der unstatutarischen Oltener Versammlung an die Adresse der Eisenbahnbehörden. Die heutige Delegiertenversammlung des Heizervereins bezeichnet die in der Presse lancierte Behauptung, dass durch den Sekretär-Redakteur im Fachorgan die guten Beziehungen zwischen Führer und Heizer getrübt worden seien, als der Wahrheit nicht entsprechend, sondern stellt vielmehr, gestützt auf die bisherigen Vorkommnisse fest, dass das gute Einvernehmen zwischen den beiden Verbänden nicht erst jetzt, sondern schon früher gerade durch die Gegner der Prinzipien des Heizervereins zu verunmöglichen gesucht worden ist, und gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, dass die offizielle Vertretung der Interessen des Lokomotivpersonals nur gestützt auf diese Mehrheit

von den vorgesetzten Eisenbahnbehörden anerkannt wird.» Im Anschluss an diese Abstimmung wurde dem Sekretär Rimathé namens des Zentralvorstandes, des Bildungsausschusses und der Delegierten der Dank für seine geleistete Arbeit ausgesprochen und der Sekretär als Beamter des neuen Verbandes für die Dauer von sechs Jahren einstimmig gewählt und der neue Anstellungsvertrag genehmigt. Ein Antrag, es müsse das Fachorgan in politisch neutralem Sinne redigiert werden, wurde mit 56 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

In der Nachmittagssitzung erklärte Rimathé, dass er die auf ihn gefallene Wahl als Sekretär annehme. Hierauf wurde mit Bezug auf die finanzielle Grundlage des neuen Verbandes beschlossen, den Jahresbeitrag um Fr. 4, d. h. von Fr. 22 auf Fr. 26 zu erhöhen, einschliesslich des Zeitungsabonnements. Dafür wird das Sterbegeld und die Entschädigung für Invalidität von 1200 Fr. auf 1500 Fr. erhöht und der Extrabeitrag erst vom 15. statt vom 10. Sterbefall an eingezogen. In gleicher Weise wird das Krankengeld von Fr. 100 auf 150 gesteigert. Den Sektionen wird eine Frist von zwei Monaten bewilligt zur Einreichung von Anträgen zum Statutenentwurf für den neuen Verband. Gemäss einem Antrag Luzern soll auf die Abschaffung der Geldbussen im Eisenbahnbetrieb hingearbeitet werden. Zum Schlusse der Verhandlungen wurden noch für eine Ehrengabe an das schweizerische Grützlizentralfest, das im Juli in Biel stattfindet, 100 Fr. bewilligt.

Generalunion der Uhrenarbeiter.

Am Sonntag 7. Mai tagte im Rathaus in Biel ein von zirka 80 Delegierten besuchter Kongress der Generalunion der Uhrenarbeiter. Das Präsidium führte Arbeitersekretär Ryser. In seinem Eröffnungswort an die Delegierten erklärte Genosse Ryser, dass es nun gelte, endlich über den Industrieverband, der seit zwei Jahren alle Kongresse und Konferenzen der Uhrenarbeiter beschäftigte, endgültig Beschluss zu fassen und für die Zeit bis zum Moment des Inkrafttretens der neuen Statuten die notwendigen Uebergangsbestimmungen festzusetzen. Nach längerer und sehr anregender Diskussion wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Statuten des neuen Industrieverbandes — die bereits in früheren Kongressen beraten wurden — ab 1. Januar 1912 in Kraft treten zu lassen. Damit würden fortan die Verbände der Uhrenarbeiter (6500 Mitglieder), der Schalenmacher (3000), der Zeigermacher, Pierristen, Zifferblattmacher usw. (zusammen zirka 1000 Mitglieder) einen einzigen Industrieverband bilden, der mit 11,000 Mitgliedern nach dem Metallarbeiterverband der stärkste Verband im Gewerkschaftsbund sein würde. Der Kongress bestimmte La Chaux-de-Fonds als Vorort und die Sektionen in Locle, St. Immer, Biel und Pruntrut als solche, die mit Chaux-de-Fonds den Zentralvorstand zu bestellen haben. In der Zwischenzeit, d. h. vom 1. Juli an, hat die Zentralleitung des neuen Industrieverbandes die nötigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Als Sekretäre wurden gewählt die Genossen A. Grosspierre (bisher Sekretär des Schalenmacherverbandes), ferner F. Wysshaar (bisher Sekretär des Uhrenarbeiterverbandes) und A. Graber (bisher Sekretär der Generalunion). Bis zum Ablauf ihres Gültigkeitstermins übernimmt der Industrieverband die alten Anstellungsverträge der Sekretäre. Bis zum 1. Januar sollen die angeschlossenen Berufsverbände an die Kasse des Industrieverbandes einen Beitrag von 1 Fr. pro Mitglied einzahlen, der Rest ihres Vermögens bleibt zur freien Verfügung der Berufsgruppen, während der Industrieverband ausser den 1 Fr. Eintrittsgeld pro Mitglied Aktiven und Passiven der Generalunion erhält. Weiter beschloss der Kongress, einem Vertrauensmann, der im Kampfe gegen die Syndikalisten in einen kostspieligen Prozess verwickelt worden war, die Prozess-

kosten aus der Kasse der Generalunion zurückzuerstatten. Ebenso wurde einstimmig dem Redakteur der «Solidarité Horlogère», dem von gewissen Elementen Mangel an politischer Neutralität vorgeworfen worden war, volle Satisfaktion erteilt und seine Haltung als durchaus korrekt anerkannt. Am Schlusse folgte ein energischer Protest gegen die brutale Verletzung des Koalitionsrechts, deren sich mehrere Fabrikanten in Grenchen im Laufe der vorigen Woche schuldig machten, indem sie, wie die bekannten Aargauer Strohbarone, die Arbeiter durch Entlassung zum Austritt aus der Gewerkschaft zwingen wollten. Wir werden noch Gelegenheit bekommen, von dieser Sache mehr zu vernehmen. Für diesmal sei noch festgestellt, dass der Kongress der Generalunion der Uhrenarbeiter sich in allen Teilen flott abwickelte und dass seine erfreulichen Resultate die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Uhrenindustrie gewaltig fördern werden.

Schweiz. Zugspersonalverein.

Samstag und Sonntag, 13. und 14. Mai fand in Olten im „Schweizerhof“ die Delegiertenversammlung des Schweiz. Zugspersonalvereins statt. Anwesend waren 130 Delegierte. Die Verhandlungen leitete Zentralpräsident Brotschi (Olten). Geschäftsbericht und Jahresrechnung wurden genehmigt. Als Generalsekretär wurde einstimmig H. Lattmann, Redakteur, in Basel, gewählt. Die nächstjährige Delegiertenversammlung findet in Freiburg statt. Am Sonntagmorgen wurde auf dem Grabe Paul Brandts ein Kranz niedergelegt. Ueber das Besoldungsgesetz, das Nebenbezugsreglement und das Arbeitszeitgesetz wurden orientierende Berichte entgegengenommen und entsprechende Beschlüsse gefasst. Dr. Eigenmann (St. Gallen) wurde der Dank ausgesprochen für sein tatkräftiges Eintreten für die Postulate des Zugspersonals im Verwaltungsrate der Bundesbahnen. Die Versammlung beschloss ferner im Prinzip eine partielle Statutenrevision und bestellte hierfür eine Kommission. Die Beschlussfassung über die Frage des Eintretens in den Gewerkschaftsbund wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Schliesslich wurde noch eine Reihe von Fragen dienstlicher Natur behandelt.

Verein schweizer. Weichen- und Bahnwärter.

Am 14. Mai hielten in Bern die Weichen- und Bahnwärter ihre Delegiertenversammlung ab, über deren Verlauf die Arbeiterpresse folgendes berichtete:

Die Sektion Bern hatte den Antrag gestellt, es sei aus dem V. P. S. T. auszutreten, ein eigenes Sekretariat zu gründen, und als selbständiger Verband in die dem Gewerkschaftsbund angehörende Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten (A. U. S. T.) einzutreten. An der letztjährigen Versammlung in Romanshorn war der Eintritt in den Gewerkschaftsbund mit grossem Mehr abgelehnt worden. Um den weiterglühenden Brand zu dämpfen, waren die Sekretäre des V. P. S. T., Dr. Eigenmann und Dübi, herbeigeeilt. Schon bei der Bestellung des Vorortes kamen die Gegensätze zum Ausdruck. Die fortschrittlicheren Elemente wollten den Vorort nach Zürich verlegen. Da aber die tüchtigsten Köpfe der Sektion Zürich zähe für den Eintritt in den Gewerkschaftsbund kämpften, beliebte dieser Vorschlag nicht.

Ein Sarganser Delegierter enblödete sich nicht, die jüngsten Vorkommnisse auf dem Platz Zürich der Arbeiterorganisation in die Schuhe zu schieben und sie als Folge der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes hinzustellen. Der Wirrkopf wurde allerdings gehörig heimgeschickt. Als dann der eigentliche Antrag zur Diskussion gelangte, zogen die beiden Generalsekretäre gehörig vom Leder, und redeten den Antrag zu Tode. Es war ihnen das unter

dem Appel an die niedrigsten Instinkte ein leichtes. Ihr Erfolg war derart, dass die Antragsteller den Antrag des Friedens halber zurückzogen. Für einmal ist das Vaterland wieder gerettet! Die Zeit wird kommen, wo keine noch so schlaun Demagogenkünste imstande sein werden, die Bahnwärter davon abzuhalten, den Anschluss an die Organisation der klassenbewussten schweizerischen Arbeiterschaft zu vollziehen.



Internationale Gewerkschaftsbewegung.

England.

Die Londoner Schriftsetzer stehen seit dem 4. Februar d. J. im Streik. Ursprünglich war ein nationaler Ausstand in der ganzen Druckereiindustrie zur Er kämpfung der 48stundenwoche geplant. In einer grossen begeisterten Versammlung in der Londoner Albert Hall am 31. Dez. l. J., an der das ganze Buchgewerbe Londons und zum Teil auch der Provinzen vertreten war, wurde einstimmig beschlossen, von den Druckereibesitzern eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, nämlich die 50stundenwoche vom 4. Februar d. J., die 48stundenwoche vom Neujahr 1912 an. Die Londoner Setzer arbeiteten bisher 52½ Stunden, die in der Provinz von 50 bis 54, in einigen weltfremden Nestern sogar noch bis 56 Stunden. Die Zeitungsetzer Londons, d. h. die der Tagesblätter, sind in bevorzugter Stellung. Sie arbeiten nominell nur 42 Stunden die Woche bei einem Minimallohn von 2 Pfund 6 Schilling (Fr. 57.50), daneben aber bis zu 8 Stunden Ueberzeit mit sehr hohen Zuschlägen. Der Londoner Verband der Schriftsetzer (London Society of Compositors), der in viele Sektionen (Chapels) zerfällt, hat eine Mitgliedschaft von 12,000. Er ist dem nationalen Industrieverband der Buchdrucker und Arbeiter verwandter Gewerbe (National Printing and kindred Trade Federation) angeschlossen. Die Setzer der Provinzen bilden einen eigenen Verband, die «Typographical Association», die auch dem Industrieverband angehört, der ungefähr 68,000 Mitglieder zählt. Die Londoner Typographen gehören zudem zum Allgemeinen Gewerkschaftsbund (General Federation of Trade Unions). von dem sie im Streikfall 5 Schilling (Fr. 6.25) pro Kopf und Woche beanspruchen können. Vom Industrieverband erhalten sie das Doppelte. Die Londoner Setzer — mit Ausnahme der Zeitungsetzer — sollten im Vordertreffen kämpfen, von den Provinzen und den verwandten Gewerben erwartete man die Teilnahme wenigstens aller Organisierten am Kampf. «Keinen Kompromiss, kein Schiedsgericht» war die Losung jener Versammlung in der Albert Hall.

Die Buchdruckereibesitzer, die natürlich auch ihren Verband haben, antworteten ablehnend auf die Forderungen der Arbeiter. Was sie dagegen in Unterhandlungen mit den Gewerkschaftsführern vorbrachten, um ihre Haltung zu begründen, deckt sich vollständig mit dem, was unsere Herren, bei solchen Gelegenheiten zu sagen pflegen. Die Industrie wäre durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ruiniert, Aufträge würden ins Ausland gehen usw. Als Trumpf wurde ausgespielt: Wir können auch ohne euch arbeiten. Ihr habt ja kaum die Hälfte aller Arbeiter in euren Organisationen und deshalb gar kein Recht, in ihrem Namen zu sprechen. Um aber doch das bekannte «Entgegenkommen» zu zeigen, boten sie höhnisch die Herabsetzung der Arbeitswoche auf 52 Stunden an, was auf den Tag 5 Minuten ausmacht. Eine Intervention des Handelsamtes verlief auch völlig resultatlos, und so kam es zur Arbeitseinstellung der Setzer in London, die aber bei weitem nicht so ausgedehnt wurde, wie man erwartet hatte, da ein grosser Teil der

Druckereien die 50stundenwoche — gegen den Beschluss des Meisterverbandes — sofort bewilligte, das Streikkomitee dagegen die Forderung der 48stundenwoche auf Neujahr 1912 fallen liess. Es war dazu durch die Haltung der Kollegen in der Provinz gezwungen, die die Forderungen der Londoner nicht zu den ihrigen gemacht und auch nicht gekündigt hatten. Aus dem geplanten nationalen Streik um die 48stundenwoche war ein lokaler Kampf für 50 Stunden geworden. Nicht bloss das. Die meisten Firmen, die die 50 Stunden bewilligten, taten dies nur unter der Bedingung, dass die Arbeiter in fünf Jahren keine weitere Forderungen auf Reduktion der Arbeitszeit stellen. Das daneben gemachte Zugeständnis, dass sie jetzt und während der fünf Jahre alles annehmen werden, was vom Unternehmerverband den Arbeitern kollektiv bewilligt wird, hat, wie die Dinge liegen, nur geringen Wert. Es ist Zukunftsmusik.

Damit soll aber der partielle Sieg der Londoner Setzer nicht verkleinert werden. Sie sind energisch in den Kampf gezogen, trotz der Treulosigkeit der Provinz. Die arbeitenden Mitglieder der London Society of Compositors zahlen 5 Schillinge wöchentlich Extrasteuer, die Zeitungsetzer das Doppelte. Die Streikunterstützung beträgt 25 Schilling (Fr. 31.25) die Woche. Die Streikposten funktionieren musterhaft, freilich ohne den Streikbruch völlig verhindern zu können, und der Nachrichtendienst ist besser als bei anderen Arbeitseinstellungen. Um den verlogenen Berichten der bürgerlichen Presse die Spitze abubrechen, gab das Streikkomitee bis Ende April ein täglich erscheinendes Blatt, den «Daily Herald» in einer Auflage von 20,000 bis 30,000 Exemplaren heraus, der frisch und anfeuernd geschrieben war und neben den neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatz auch die interessantesten Mitteilungen über alles brachte, was sonst auf der Welt vorging. Eine Abteilung für Sport und Luftschiffahrt durfte natürlich nicht fehlen. Die Zahl der Ausständigen wird sehr verschieden angegeben. Nach dem «Herald» vom 12. März haben ungefähr 500 Firmen die 50stundenwoche bewilligt und 80 Prozent aller Organisierten sind beschäftigt. Fast überall, wo gestreikt wird, haben sich die Drucker, Maschinenmeister und Hilfsarbeiter, die Magaziner, Falzerinnen u. a. den Setzern angeschlossen. Die wichtigste Verstärkung bekamen sie durch den Ausstand der sehr gut organisierten Lithographen und Steindrucker, die sich mit den Buchdruckern solidarisch erklärt haben. Sie streiken auch in den Häusern, wo man ihnen die 50stundenwoche zugesteht, sie aber den Setzern und dem andern Personal noch verweigert.

Wie man sieht, ist der Londoner Verband der Unternehmer trotz aller grossen Worte völlig in die Brüche gegangen. Sie hatten bei Beginn des Konfliktes mit einer nationalen Aussperrung gedroht, aber sehr bald die Drohung in aller Form zurückgenommen und werden nun die Durchführung der 50stundenwoche in allen graphischen Betrieben der Hauptstadt nicht verhindern können. Unter den Firmen, die sie bis jetzt nicht bewilligt haben, befinden sich zwar sehr bedeutende, aber sie haben grosse Staats- und Gemeindeaufträge und man hofft deshalb, sie bei Vergebung neuer Arbeit durch die Arbeitervertreter in den Behörden zur Annahme der kürzeren Arbeitszeit zwingen zu können.

Mit einer einheitlichen 50stundenwoche über das ganze Land ist es nun freilich auf längere Zeit vorbei. Der Setzerverband der Provinz, die Typographical Association, hat die kämpfenden Londoner nicht bloss im entscheidenden Moment, nämlich beim Ausbruch der Feindseligkeiten, im Stiche gelassen, sondern am 2. März in Leeds mit den Meistern ein provisorisches Abkommen getroffen, das die 51stundenwoche als vorläufiges Endziel aufstellt. In Städten, wo 52 und weniger Stunden gearbeitet wird, soll mit 1. Mai d. J. eine Arbeitswoche von